



TAGUNG

*„Mandat und Macht**Protestantismus inmitten politischer Herausforderungen“*

18./19. Januar 2019

Hamburg

**2015 – 2017 – 2019: Wo stehen wir?
Evangelische Kirche und bundesrepublikanische Gesellschaft
Ansätze für eine Standortbestimmung**

Auftaktimpuls von Britta Baas, Redakteurin Publik-Forum

Wenn sich die evangelische Kirche in Deutschland fragt: „Wo stehen wir?“ fragt die Journalistin: „Welche Rolle hat die evangelische Kirche in der Gesellschaft?“ Wie tritt sie in Erscheinung? Welche Performance legt sie an den Tag? Ich schaue auf die Kirchen, wo ich sie beruflich betrachte, mit Distanz und Wertschätzung. Weder bin ich in Rettungsmission unterwegs für eine Institution in der Krise noch ist meine Aufgabe die Prophetie. Allerdings gebietet der journalistische Blick, die Gegenwart auf die Zukunft hin zu befragen. Wenn alles so bleibt, wie es sich jetzt darstellt – was heißt das für morgen?

So gesehen, kommt mir der Jahres-Dreisprung, der im Eingangsthema vorgegeben ist, sehr entgegen. Aber wie Journalistinnen so sind, beginnen sie nicht vorn, sondern hinten. Ich frage also: Wo steht die ev. Kirche jetzt? Und hat diese Standortbestimmung mit 2017 und 2015 zu tun?

In den wenigen Minuten, die mir dafür gegeben sind, muss ich plakativ sein. Im Verlauf der Tagung werden sich vertiefende Gespräche und Streitpunkte ergeben. Wo steht die ev. Kirche in der deutschen Gesellschaft? Fünf Punkte dazu:

1. Sie steht zwischen Mitte und Rand. Die Fliehkräfte ziehen sie allerdings immer weiter nach außen, Jahr für Jahr. Der Rand rückt näher, die Mitte entschwindet dem Blick. Jährlich treten in Deutschland mehr als 300.000 Menschen aus den beiden Großkirchen aus; die EKD meldete z.B. für 2016 rund 190.000 Austritte. Die Tendenz hat sich seither nicht geändert. Protestanten machen 2019 etwa ein Viertel der bundesdeutschen Gesellschaft aus. Sie sind nicht nur keine Mehrheit, sondern eine sich stetig verkleinernde Minderheit. Ganz zu schweigen von der Betrachtung der konfessionellen Zugehörigkeiten in Deutschland Ost. Christinnen und Christen stellen dort eine Minderheit dar, die in mancher Groß- und Mittelstadt bedeutet, nicht einmal 10 Prozent der Einwohnerschaft zu stellen. Vor diesem Hintergrund stellt eine Journalistin die Frage: Wieviel (politisches) Mandat kann sich eine Kirche zusprechen, deren Mitgliederbasis dünner und dünner wird? Eine zweite Frage ist: Wie steht es um ihre tatsächliche Macht in der Gesellschaft? Ist diese u. U. über Jahrzehnte so ausgebaut und gefestigt worden, dass die Institution Kirche und alle ihre Derivate diese Macht weiterhin haben – auch wenn



ihre Mitglieder Masse schwindet? Und falls das so ist, was bedeutet das dann? Wer genau hat die Macht in der Institution? Und ist die Antwort auf diese Frage evangelisch?

2. Milieustudien der bundesdeutschen Gesellschaft (z.B. Köhler-Hauschild-Studie, die Sinus-Milieustudien), die die Kirchen in den vergangenen Jahren selbst mehrfach in Auftrag gaben, haben gezeigt: Die christliche Institution Kirche erreicht – unabhängig davon, ob hier die evangelische oder katholische gemeint ist – nur noch wenige Milieus. Die meisten haben sich von ihr verabschiedet, mental auch dann, wenn Teile dieser Milieus sogar noch Kirchensteuer zahlen. Allerdings werden die Kirchen für DREI Dinge sehr geschätzt, und zwar quer durch die Milieus und unabhängig von eigener Mitgliedschaft: a) Sie gelten als Helferinnen in der Not; Diakonie und Caritas stehen hoch im Kurs. b) Sie werden um Rat und Begleitung gefragt, wenn es um persönliche Lebenswenden und –krisen geht. Und c) Von den Kirchen wird erwartet, dass sie „die Moral der Gesellschaft“ machen. In politischen und gesellschaftlichen Konflikten nahezu jeder Art wird gefragt: Was sagt die Kirche dazu? Was dann einzelne ihrer Vertreterinnen und Vertreter tatsächlich sagen, wird hoch gehandelt. Vor allem medial ist die Kirche nicht nichts. Viele Journalistinnen und Journalisten setzen auf die vermutete Kompetenz an dieser Stelle. Warum diese hoch gehandelt wird, ist eine interessante Frage: Liegt es am weit verbreiteten Bedürfnis, in immer komplizierter werdenden ethischen Entscheidungsprozessen der Gesellschaft eine Leitbotschaft zu hören? Von Menschen, die als unabhängig von politischem Kalkül gelten? Und wird Kirchenvertretern diese Kompetenz zugesprochen, weil sie sie historisch erworben haben? Weil die Botschaft, für die sie stehen, ihre friedensstiftende Wirkmächtigkeit über lange Zeiträume erwiesen hat? Oder könnte es auch so sein, dass sich ihre Anwartschaft auf Kompetenz an dieser Stelle aus ihrer puren Macht als Institution ergibt? Einer Macht, die gewachsen ist, die seit Gründung der Bundesrepublik immer politisch gespiegelt wurde, aber nun zu bröckeln beginnt?
3. Die Evangelische Kirche, von der offenbar nach wie vor erwartet wird, dass sie „die Moral der Gesellschaft“ formt und verteidigt, von der erwartet wird, dass sie für feste Werte eintritt, auch gegen Widerstände, ist gleichzeitig selbst jenem Prozess ausgesetzt, den die Gesellschaft durchläuft: Es ist der Prozess der Individualisierung, der Entwertung aller Institutionen und der Entwertung gewachsener Strukturen. Diese Gleichzeitigkeit – hier die Erwartung, dort die Destruktion des Gewordenen und vermeintlich Sicheren – mutet wie ein Paradox an. Doch dies nur auf den ersten Blick. Denn der zweite offenbart ja, dass die Kirche als Institution aus einer Schnittmenge derselben Menschen besteht, die die Gesamtgesellschaft bilden. Das heißt: Die Kirche ist nicht das Gegenüber einer gesellschaftlichen Entwicklung, die sie aus sicherem Hafen beobachtet. Einem Hafen, den sie verlässt, um Rettungsboote in die Gesellschaft zu senden. Vielmehr muss sie auf ihrem Boot all jene Konflikte, die sich außerhalb von ihr abspielen, auch selbst bearbeiten. Als da z. B. wären: der grassierende Rechtspopulismus. Die mangelnde Kompetenz, wachsende Vielfalt in Demokratie und Geschwisterlichkeit zu leben. Die Erfahrung von mangelnder Gleichstellung und Gleichberechtigung entlang pekuniärer Gräben, die sich immer weiter auftun usw. All das findet nicht nur „irgendwo da draußen“ statt. Sondern in der Kirche selbst. Und die Fähigkeit, die inneren Konflikte zu benennen und als Konflikte auch auszutragen, ist entwicklungsbedürftig.
4. Es stellt sich also die Frage, ob DIE ev. Kirche eine Haltung hat, die als Konsens „der Evangelischen“ zu bezeichnen wäre. Eine Haltung, die klare Richtschnur dafür ist, wie auf die Konflikte in der Gesellschaft zu reagieren wäre. Diese Haltung gibt es nicht. Das ist meine Beobachtung als Journalistin. Ein



evangelischer Christ begründet seine linksliberale politische Haltung mit dem exegetischen Befund zum Leben Jesu, während ein anderer sich bei der AfD aufgehoben fühlt: endlich eine Partei im Angebot, die dem Genderwahn Einhalt gebietet, die Vater-Mutter-Kinder-Familie hochhält, die Nation als gottgewollte politische Größe betrachtet. Zwei Beispiele, die hier genügen sollen, um zu zeigen: Was die ev. Kirche braucht, sind dringend Räume, in denen unterschiedliche Interessen und Wahrnehmungen der Welt ausgesprochen und als Konflikt wahrgenommen werden. Die Kirche muss diese ihre inneren Konflikte aufdecken und debattieren. Das geschieht auf Kirchentagen, die eine wunderbare Einrichtung sind. Aber ansonsten? Da fehlt es an manchem. „Das Aussprechen von unterschiedlichen Interessen ist ein Mittel, um die Gesellschaft wieder zusammen zu führen. Man braucht Reibung, damit Wärme entsteht“, sagt der Ökonom und Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey. Er nennt es „die Erfahrung von Selbstwirksamkeit“, die Menschen im Raum der Kirche über lange Zeit hatten – und aus der sie Solidarität und Stärke gewannen. Diese Erfahrung von Selbstwirksamkeit setzt aber eine Haltung voraus, um die gemeinsam gerungen und die gemeinsam errungen wird.

5. Stattdessen ist aber vielerorts Unversöhnlichkeit zu erleben: Getarnt wird sie als „Binnenpluralismus“ – der aber , allzu heftig gelobt, die Außenwahrnehmung marginalisiert. Gar mancher – wie etwa der in Wien lehrende Theologe und Ethiker Ulrich Körtner – liebt das ev. Hohelied es Binnenpluralismus offenbar schon deshalb, weil jeglicher Streit um einen möglichen Haltungskonsens als Suche nach einer „Hypermoral“ gilt. – Durfte man 2015 als Kirche nicht auf der Seite der Kanzlerin stehen, als sie angesichts vieler Flüchtlinge in Deutschland sagte: „Wir schaffen das!“? Für Ulrich Körtner war das unvernünftig. Die Verpflichtung gegenüber den Fremden müsse abgewogen werden gegenüber der Verpflichtung für die eigene Bevölkerung (PF; 3/2018, 9.2.2018). Durfte man 2017, im Reformationsjubiläumsjahr, nicht allzu „evangelisch“ werden, um den Konflikt mit selbst ernannten „Verteidigern des christlichen Abendlands“ nicht eskalieren zu lassen? Dabei wäre Eskalation genau hier doch angebracht gewesen (Eine Eskalation, die sich im Konflikt zwischen Bischöf Dröge, Berlin, und Bischof Rentzing, Dresden – „Einzug der AfD in den Bundestag bitte als Ausdruck politischer Vielfalt akzeptieren“ – bestenfalls andeutete). Auch hier will ich es bei den genannten Beispielen belassen:

Mein Fazit: Die Evangelische Kirche steht Anfang 2019 an einem Punkt, an dem sie sich sagen kann: Wir können es schaffen, der Gesellschaft wieder Seele einzuhauchen. Dafür müssen wir konfliktfreudig sein. Um Haltung ringen. Und Haltung zeigen. Es genügt nicht, evangelisch zu sein. Man muss es auch merken.